

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 6

Artikel: Das Fiasko des australischen Kohlenarbeiterstreiks
Autor: Eyck, Erich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DAS FIASKO DES AUSTRALISCHEN KOHLENARBEITERSTREIKS

VON ERICH EYCK

Sydney, im August 1949.

Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch des siebenwöchentlichen Streiks der Kohlenbergarbeiter Australiens sind in vieler Beziehung so bemerkenswert, daß eine etwas eingehendere Betrachtung auch dem europäischen Beobachter lehrreich sein muß. Der Streik war der größte und schwerste, der die australische Wirtschaft seit langen Jahren getroffen hat. Er hat nicht nur viele Teile der Industrie stillgelegt und ihre Arbeiter zu zehntausenden arbeitslos gemacht. Er hat besonders die australische Hausfrau, deren Los ohnehin nicht beineidenswert ist, durch zahlreiche Beschränkungen des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs aufs empfindlichste beeinträchtigt. Am schwersten waren die Folgen in Sydney, das vollkommen von den Steinkohlen der benachbarten streikenden Bergwerke abhängt. In Melbourne war die Lage deshalb leichter, weil der Staat Victoria, dessen Hauptstadt es ist, Braunkohlengruben enthält, die seine Elektrizitätswerke beliefern.

Daß die Regierungen den Gas- und Elektrizitätsverbrauch, soweit er auf Steinkohle basiert, vom ersten Tage des Streiks an aufs schärfste beschneiden mußten, erklärt sich besonders aus dem Fehlen jeder Reserve an Kohlen. Auch in normalen Zeiten reicht die Kohlenproduktion nur eben aus, um den Bedarf von Tag zu Tag zu befriedigen, und selbst dies nur unvollkommen. Auch vor dem Streik war zum Beispiel in Sydney der Verbrauch von Elektrizität im Haushalt zu bestimmten Stunden und für bestimmte Zwecke verboten. Das städtische Elektrizitätswerk konnte die Industrie nur dann mit ausreichendem Strom versorgen, wenn es den Haushaltungen einen Teil ihres Bedarfs entzog. Selbst mit diesen Beschränkungen reicht sein Kohlevorrat in der Regel nur für 2—3 Tage aus. Zu Beginn des Krieges, als die Gefahr der plötzlichen Unterbindung der Kohlenzufuhr durch japanische Luftangriffe drohte, konnte es allerdings Vorrat für etwa sechs Monate ansammeln. Aber sowie die Gefahr vorüber war, stockte die Zufuhr wieder, so daß die Reserve bereits im Juli 1944 praktisch erschöpft war. Seitdem waren alle Bemühungen, eine neue Reserve aufzubauen, erfolglos.

Diese Knappheit ist nicht etwa eine von Natur gegebene. Im Gegenteil, der Kohlevorrat Australiens ist so reich, daß es noch für viele Jahrzehnte unbedenklich aus dem Vollen schöpfen könnte. Die Knappheit ist vielmehr künstlich geschaffen durch eine bewußte

Politik der Bergarbeitergewerkschaft, der «Miners' Federation». Sie hat nämlich bei früheren Streiks, 1917 und 1940, Niederlagen erlebt, die sie darauf zurückführte, daß die Wirtschaft über Kohlenreserven verfügte, von denen sie wochenlang zehren konnte, ohne von dem Streik zum Stillstand gebracht zu werden; infolgedessen ging den Streikenden der Atem eher aus als den Kohlenkonsumenten. Um in der Zukunft eine solche Gefahr auszuschließen, hält der Bergarbeiterverband die Kohlenförderung dauernd unter dem Bedarf. Dieser ist seit dem Kriege, dank dem außerordentlichen industriellen Aufschwung, ständig gestiegen und wird von Sachverständigen gegenwärtig auf 15 bis 16 Millionen Tonnen Steinkohle geschätzt. Aber die Förderung hat nur in einem Kriegsjahr 12 Millionen überschritten und ist seitdem erheblich gesunken. Die «Miners' Federation» erlaubt nur *eine* Schicht am Tage. Versuche des «Coal Board», soziale Fortschritte von der Erhöhung der Produktion abhängig zu machen, scheiterten an dem grundsätzlichen Widerstand der Gewerkschaften.

Die günstige Gelegenheit zum Losschlagen glaubten ihre Führer jetzt gefunden zu haben. Im April verlangten sie die *Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitsstunden auf 35*, die Erhöhung des Wochenlohnes um 30 sh. und außerdem bezahlten Urlaub bei längerer Dienstzeit nach Analogie des für die australischen Beamten geltenden Systems. So wichtig und wirtschaftlich bedeutsam diese Forderungen sind, so liegt der entscheidende Akzent doch auf etwas anderem. Australien hat seit mehr als 40 Jahren die Arbeitsstreitigkeiten zum Gegenstand eines öffentlichrechtlichen Schlichtungsverfahrens mit bindendem Schiedsspruch gemacht. Dies System, das von Neuseeland ausgegangen ist, hat bei den Sozialpolitikern der ganzen Welt das größte Interesse und in seinen Anfängen — um die Jahrhundertwende — lebhaften Beifall gefunden. Aber die Hoffnungen, mit denen man es damals begrüßt hat, haben sich nur zum Teil erfüllt. Die Arbeitgeber freilich haben sich dem Schiedsspruch in der Regel unterworfen, zumal sie wußten, daß er gegen sie jederzeit vollstreckt werden konnte. Aber viele Gewerkschaften wollten sich das Recht des Streiks auch vom Staat nicht aus der Hand winden lassen und begrüßten Schiedssprüche nur, wenn sie ihnen solche Vorteile brachten, wie sie sie durch eigene Kraft nicht erzwingen konnten. Für die Kohlenindustrie waren diese Fragen erst 1946 erneut durch ein sehr arbeiterfreundliches Gesetz geregelt worden, das zwei besondere Behörden zur Schlichtung und schiedsrichterlichen Entscheidung eingesetzt hatte. Vor diese Behörden wurden auch die Forderungen der Gewerkschaft gebracht. Aber während das Verfahren noch schwieg und obwohl es mindestens zum Teil eine für die Arbeiter günstige Wendung zu nehmen schien, berief die Gewerkschaft auf den 16. Juni Versammlungen der Belegschaften aller Zechen ein, um einen all-

gemeinen Streik zu beschließen. Die Versammlungen waren schwach besucht, aber mit Ausnahme von West-Australien stimmten alle mit überwältigender Mehrheit dem Antrag zu, am 27. Juni in den Streik zu treten.

Das war eine offensichtliche Verletzung des Gesetzes. Aber für die Mehrheit der Bergarbeiterführer ist das kein Einwand. Denn sie sind Kommunisten, die mit dem Streik mehr noch politische als wirtschaftliche Ziele verfolgten. Sowohl das Commonwealth of Australia wie der für die Steinkohlenindustrie ausschlaggebende Staat New South Wales haben gegenwärtig Labour-Regierungen. Diese stützen sich auf die Gewerkschaften, und müssen auf die Stimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Rücksicht nehmen. Nun gibt es für diese im allgemeinen keinen schwereren Verstoß als den Streikbruch. Darauf haben die Kommunisten, die bisher von der Labour-Regierung sehr rücksichtsvoll behandelt worden waren, offenbar gerechnet. Sie meinten, diese würde außer Stande sein, etwas Durchgreifendes gegen den Streik zu tun. Aber ihre Rechnung hatte mehrere Fehler.

Zunächst teilten die meisten Arbeiter die allgemeine Entrüstung über das frivole Vorgehen der Kohlenbergarbeiter, zumal viele von ihnen die Folgen am eigenen Leibe zu spüren hatten. Die wirtschaftliche Lage war gut gewesen, jeder Arbeiter hatte Beschäftigung, ja der Bedarf überwog die vorhandenen Arbeitskräfte erheblich. Nun wurden plötzlich mitten im Winter etwa eine halbe Million arbeitslos, weil die Betriebe aus Mangel an Kohle und Elektrizität schließen mußten. Dazu kamen politische Gründe. Die meist der Labour-Partei angehörenden Arbeiter empörten sich über das Treiben der Kommunisten, die es verstanden hatten, sich in mehreren Gewerkschaften an die entscheidenden Stellen zu setzen. Die Regierung, die diese Stimmung natürlich förderte, fühlte sich, auf sie gestützt, stark genug, um den Widerstand gegen den Streik aufzunehmen. Abgesehen von den Pflichten, die jeder Regierung gegenüber der Bedrohung der allgemeinen Wohlfahrt obliegen, war sie zu ihrem Widerstand noch durch die Tatsache angefeuert, daß in einigen Monaten Neuwahlen bevorstehen, von denen ihre Existenz abhängt. Mr. Chifley, der Premierminister des Commonwealth, mußte sich sagen, daß er einer sicheren Wahlniederlage entgegengehe, wenn er nicht alle Kräfte an die Überwindung des Streiks setzte. Er erklärte von vornherein, daß die Regierung auf keine Vermittlung eingehen werde, solange die Bergarbeiter nicht zu ihrer Arbeit zurückgekehrt sein würden. Das war bestimmt für den Teil der Streikenden eine schwere Enttäuschung, der — ohne weitere politische Ziele zu verfolgen — gehofft hatte, zum mindesten einen Teil der erstrebten Vorteile durch Entgegenkommen der Regierung zu erhalten.

Das Kohlengesetz von 1946, das von der Regierung Chifley geschaffen worden ist, gibt ihr das Recht, Gewerkschaftsführer, die sich offen dagegen auflehnen, strafrechtlich zu verfolgen. Von diesem Recht hat sie keinen Gebrauch gemacht. Aber sie brachte am 29. Juni ein Spezialgesetz vor das Parlament, das von diesem schon am selben Tage in beiden Häusern — Repräsentantenhaus und Senat — fast einstimmig angenommen wurde. Dieses Gesetz verbot den Gewerkschaften, aus ihren Fonds den streikenden Arbeitern Unterstützung zu geben. Aber die Absicht der Regierung war vorzeitig kund geworden. Darauf hatten die kommunistischen Führer mehrerer Gewerkschaften schleunigst erhebliche Beträge abgehoben, insgesamt etwa £ 50 000. Das Gesetz hatte jedoch soweit rückwirkende Kraft, daß die Gerichte die Rückzahlung anordnen und die betreffenden Funktionäre zur Verantwortung ziehen konnten. Als diese nicht nur die Rückzahlung verweigerten, sondern auch jede Auskunft ablehnten, verurteilten die Richter sie wegen «contempt of court» zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen. In der Regel ruft die Verhaftung von Gewerkschaftsführern während eines Streiks einen Sturm der Entrüstung hervor. Aber diesmal blieb er aus. Auch die meisten Gewerkschaftler konnten sich der Einsicht nicht entziehen, daß der Staat sich nicht von einer Minderheit zum Narren halten lassen kann, am wenigsten wenn er ein wirklich demokratischer Staat ist.

Damit waren bereits die Hoffnungen auf einen schnellen, entscheidenden Sieg, mit denen die Kommunisten die Arbeiter in den Streik gehetzt hatten, gescheitert. Aber der Streik ging weiter. Die Regierung sah sich zu einem positiven Schritt genötigt, um einer weiteren wirtschaftlichen Verschlechterung vorzubeugen. Der Streik hatte die Kohlengruben stillgelegt, die unter Tage arbeiten. Aber Australien hat außerdem mächtige Kohlenbezirke, in denen die Kohle durch Tagbau gewonnen werden kann («open cut mines»). Diese Kohle war bisher nur sehr unzureichend ausgebautet worden. Das hatte früher vorwiegend technische Gründe, da es an den für die Erdbewegung erforderlichen Maschinen fehlte. Aber die Anforderungen des Krieges hatten zu großen technischen Fortschritten genötigt, denen besonders die amerikanische Maschinenindustrie glänzend gerecht worden war. Allein die seitdem technisch sehr wohl mögliche Ausbeutung der open cut mines wurde aus wirtschaftlichen Gründen zurückgehalten. Möglich, daß die Eigentümer der Steinkohlengruben ihren Einfluß eingesetzt haben, um sich eine unerwünschte Konkurrenz fern zu halten. Aber dieser Einfluß ist bei der politischen Situation zu gering, um entscheidend zu sein. Entscheidend war vielmehr die Opposition der Bergarbeitergewerkschaft, die sich ihr Monopol nicht nehmen lassen wollte. Dieses Monopol besteht, solange die Kohle nur durch Arbeit unter Tage gewonnen wird,

weil diese nur von den fachmännisch ausgebildeten Mitgliedern der «miners' federation» geleistet werden kann. Die Ausbeutung der open-cut mines, die eine solche Ausbildung nicht voraussetzt, würde das Monopol durchbrechen. Also hat sie zu unterbleiben! Das war das Gebot der Federation, welches die Labour-Regierung sich zur Richtschnur nahm. Hier sehen wir einen *Rückfall in den Geist des Merkantil-Systems*, das Europa vor dem Auftreten von Adam Smith beherrschte und z. B. den Kolonien Industrien verbot, welche denen des Mutterlandes Konkurrenz machen konnten. Dieser Geist steht im Einklang mit der streng protektionistischen Handelspolitik, die in Australien seit einem Menschenalter herrscht und deren wichtigster politischer Träger die Labour-Partei ist. Es wird daher nicht überraschen, daß auch der Zunftgeist wieder auferstanden ist, nur daß er nicht mehr von den Handwerksmeistern, sondern von den Arbeitergewerkschaften vertreten wird. Diese geben ihren Vorgängern nichts nach in dem Eifer, mit dem sie «Bönhasen» von den ihnen vorbehaltenen Beschäftigungen auszuschließen suchen. Die Gewerkschaften sind im Zusammenhang mit der gewerblichen Schiedsgerichtsgesetzgebung einer Registerpflicht unterworfen. Die Registrierung gibt ihnen öffentliche Rechte, und die staatlichen Schiedsgerichte haben die Aufgabe, das Arbeitsgebiet der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften gegeneinander abzugrenzen. Diese Rechtsprechung erinnert zuweilen an die der Innungsgerichte der entschlafenen österreichischen Monarchie.

Aber alle diese politischen und traditionellen Hindernisse konnten dem Druck der wirtschaftlichen Not, die der Streik heraufbeschworen hatte, nicht standhalten. Es wäre in der Tat eine ans Verbrecherische grenzende Pflichtvergessenheit gewesen, wenn die Regierung eine Millionenstadt wie Sydney der Kälte und Dunkelheit ausgeliefert hätte, obwohl ausbeutungsfähige Kohlenfelder in der Nähe lagen, bloß weil ihre Ausbeutung gewerkschaftlichen Vorurteilen zuwiderlief. Der Schrei nach Kohlen aus den open-cut mines wuchs von Tag zu Tag. Zu ihrer Gewinnung meldeten sich nicht nur zahlreiche Freiwillige, sondern auch eine Gewerkschaft, die in besonders scharfem Gegensatz zu den Kommunisten steht und in der Bearbeitung dieser Kohlenfelder Erfahrung hat, die «Australian Workers' Union». Die Regierung nahm schließlich die Ausbeutung der open-cut mines in Angriff, aber sie verwandte dazu — die Soldaten der Armee. Das Heer in Arbeitsstreitigkeiten einzusetzen, widerspricht allen Überlieferungen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung aufs schärfste. Aber diesmal kam kein Widerspruch von ihrer Seite.

Nun mußte es auch dem Hartnäckigsten klar sein, daß der Streik gescheitert war, und Beobachter berichteten, daß die meisten Bergarbeiter zur Arbeit zurückzukehren wünschten. Aber wie sollten

sie diesen Wunsch zum Ausdruck bringen, solange die Mehrheit der Führer sich weigerte, die Frage zur Abstimmung zu stellen? Die liberale Opposition verlangte die Anordnung einer geheimen Abstimmung der Bergarbeiter durch Stimmzettel, die nach ihrer Auffassung auch für einen Streikbeschuß vorgeschrieben werden sollte. Die Regierung enthielt sich jedoch direkten Eingreifens, und so dauerte es noch einige Tage, bis die Streikleitung sich der Einsicht nicht entziehen konnte, daß ein großer Teil der Bergarbeiter die Arbeit selbstständig wieder aufnehmen würde, wenn sie die Abstimmung noch länger hinauszöge. Aber auch jetzt versuchte sie noch, die Mitglieder durch eine verkünstelte Resolution irre zu führen. Vergebens! Die Resolution wurde von den meisten Versammlungen der Arbeiter mit großen Mehrheiten abgelehnt. Nun blieb der Streikleitung nichts anderes übrig, als den Streik nach siebenwöchentlicher Dauer für beendet zu erklären. Am Montag, den 15. August, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaft haben eine völlige Niederlage erlitten. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Aber war es eine Niederlage, welche die australische Wirtschaft in Zukunft vor ähnlichen frivolen und gefährlichen Störungen schützt? Wenn man hört, daß bereits in der ersten Woche nach dem Streik die Arbeiter einzelner Zechen wieder die Arbeit niederlegten, weil einige ihrer Wünsche nicht sofort erfüllt wurden, möchte man daran zweifeln. War es vor allem eine dauernde Niederlage der Kommunisten? Darüber sind die Meinungen sehr geteilt. Die Opposition befürchtet, die Labour-Regierung werde ihnen aus wahlaktischen Gründen allzu schnell wieder die Hand zur Versöhnung reichen. Diese Befürchtung wird bestärkt durch Chifleys plötzlichen und überraschenden Beschuß, die Soldaten nach Beendigung des Streiks sofort wieder aus den open-cut mines zurückzuziehen. Zwar beruft er sich darauf, daß die Arbeiter versprochen haben, hier mehrere Schichten am Tage zu arbeiten; aber man kann es den Skeptikern nicht verdenken, wenn sie an die Erfüllung dieses Versprechens nicht so recht glauben.

Diese Erörterungen stehen im Zusammenhang mit den herannahenden Wahlen. Erst ihr Ausgang kann zeigen, ob Chifleys Erfolg gegenüber den Streikern seine Position dauernd gefestigt hat, oder ob die Opposition Gehör findet mit ihrer Behauptung, es wäre nie zu diesem Streik gekommen, wenn die Regierung den Kommunisten nicht vorher zu sehr entgegengekommen wäre, und er wäre schneller beendet worden, wenn sie den Vorschlägen der Opposition gefolgt wäre. Wie dem auch sein mag, — es hat sich wieder gezeigt, daß es auch einer Demokratie nicht an Mitteln fehlt, eine aufsässige Minderheit dem Willen der Gesamtheit zu unterwerfen, wenn man nur den Mut und die Entschlossenheit hat, sich dieser Mittel zu bedienen.